

# **HAUSHALTSREDE**

zu dem Entwurf des  
Haushaltsplanes 2009

Stadtverordnetenversammlung am 25. August 2008  
Stadt Kassel – der Magistrat

Stadtkämmerer Dr. Jürgen Barthel

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Anrede,

das **Haushaltsjahr 2007** war das erfolgreichste und beste der Stadt Kassel seit vielen Jahrzehnten. In der neuen doppelten Welt konnten wir mit rund **37 Mio. €** nach (saldierte) Abschreibungen von 17,5 Mio. € und (saldierte) Rückstellungen - insbesondere für Pensionsverpflichtungen - von 15,7 Mio. € einen nicht nur für Kasseler Verhältnisse sehr beachtlichen **Überschuss** erzielen. Berücksichtigt man nur das ordentliche Ergebnis, das nach der Hessischen Gemeindeordnung als Maßstab für den Haushaltsausgleich herangezogen wird, so ist dies mit 26,5 Mio. € ebenfalls deutlich positiv. Da die doppelte Rechnung durch die Erfassung von Abschreibungen – dafür entfällt die Position Tilgung – und von Rückstellungen ein realistischeres, in der Regel aber auch negativeres Bild zeichnet, wäre der Überschuss in kameraler Rechnung noch deutlich höher ausgefallen. In der Bilanz der Stadt Kassel schlägt sich dieser Gewinn und die nicht zahlungswirksamen Positionen der Abschreibungen und Rückstellungen in einem spürbaren **Abbau der Verschuldung** der Stadt **um 67 Mio. €** nieder.

Auch für das **Jahr 2008** kann man durchaus optimistisch sein, auch wenn sich das Ergebnis 2007 nicht wiederholen wird. Wir benötigen trotz erheblich steigender Aufwendungen für die Einrichtungen und Dienste der Jugendhilfe keinen Nachtragshaushalt und werden durch die Haushaltsbewirtschaftung sicherlich noch eine Ergebnisverbesserung erreichen können. Ob dies allerdings ausreicht, um in der Summe die weiter steigenden Aufwendungen für Leistungen der Jugendhilfe, die im Plan nicht erfassten Rückstellungen und das geplante Defizit auszugleichen, ist noch unsicher. Aber auch wenn dies nicht gelingen sollte, haben wir gute Chancen, auch in 2008 die Verschuldung der Stadt Kassel – ohne Eigenbetriebe – weiter zu verringern.

Kann also haushaltspolitische Entwarnung gegeben werden? Leider nein! Der **Haushalt 2009** wird schlechter als das Haushaltsergebnis 2007, an dem wir uns nach den Vorgaben der Kommunalaufsicht zu orientieren haben. Warum ist dies so?

Werfen wir zuerst einen Blick auf das **Verwaltungsergebnis**, das sich von plus 58,8 Mio. € um 33,8 Mio. € auf plus 25 Mio. € verschlechtert. Auf der **Ertragsseite** der **Gewerbesteuer** bekommen wir jetzt die Unternehmensteuerreform zu spüren. Während uns im Jahr 2008 noch die Abwicklungen der Altjahre vor einem stärkeren Einbruch bewahrt haben, werden die für die Unternehmen erfreulichen Entlastungseffekte im Jahr 2009 für die Stadt als Mindereinnahmen ertragswirksam. Ohne dass ich hier in die Einzelheiten gehen kann, gibt es allerdings auch erfreuliche

Sonderentwicklungen, die die an sich negative Entwicklung der Gewerbesteuer tendenziell entschärfen und gegenüber dem Planansatz 2008 noch eine Erhöhung ermöglichen. An dieser Stelle muss ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass mit Blick auf die sehr bedeutsamen Veränderungen des Gewerbesteuerrechtes heute - in der Mitte des Jahres 2008 - nicht einmal eine verlässliche Prognose für das Jahr 2008, geschweige denn für das Jahr 2009 abgegeben werden kann. Diese Unsicherheit wird durch die deutlich angewachsenen konjunkturellen Risiken verstärkt. Die Erholung des Haushaltes der Stadt Kassel in den vergangenen Jahren basierte auch auf der positiven wirtschaftlichen Entwicklung. Wachstum und Beschäftigungsanstieg sind im Haushalt positiv angekommen. Der dramatische Anstieg des Ölpreises, die sich beschleunigende Inflation, der Zinsanstieg und die Krise an den Geld- und Kapitalmärkten generieren jetzt realwirtschaftliche Effekte, die auch auf den Kasseler Haushalt durchschlagen.

Die Risiken einer konjunkturellen Wende sind in den letzten Monaten sehr deutlich gewachsen, ein konjunktureller Einbruch wird weder an der Wirtschaft noch am Haushalt der Stadt Kassel spurlos vorbeigehen. So wie wir verlässlichere Zahlen haben, werden wir diese über Veränderungslisten in den Haushalt einarbeiten.

Selbstverständlich schlagen konjunkturelle Effekte auch auf die **Einkommensteuer** durch, allerdings mit einer deutlichen zeitlichen Verzögerung. Für 2008 und 2009 erwarten wir steigende Einkommensteueranteile für die Stadt. Hier wirkt sich der Beschäftigungsanstieg und das Wachstum der Einkommen positiv aus. Aus heutiger Sicht schätzen wir die Einkommensteueranteile für 2009 auf 65,0 Mio. €. Dabei wirkt sich erstmals die alle drei Jahre stattfindende Anpassung an das reale örtliche Steueraufkommen positiv aus. Offensichtlich schlagen der Beschäftigungsanstieg und die Wanderungsströme in die Stadt jetzt auch auf die Einkommensteuer durch.

Bleiben als bedeutsame Größe mit erheblichem Schätzrisiko die **Schlüsselzuweisungen** des Landes. Eine halbwegs realistische Einschätzung ist zurzeit nicht möglich. Wir wissen nicht, wie sich die Verteilmasse, die insgesamt im Kommunalen Finanzausgleich zur Verfügung steht, entwickelt, wir kennen nicht die Verteilkriterien und wir kennen nicht mit hinreichender Sicherheit die Entwicklung in den übrigen kreisfreien Städten. Das Land Hessen selbst will über den Landeshaushalt erst im Frühjahr 2009 entscheiden. Im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung des Landes werden die Haushaltsansätze 2008 fortgeschrieben. Dennoch mussten wir einige Annahmen treffen: Wir gehen von einer Steigerung der Schlüsselmasse um 5% aus und erwarten,

dass der Landtag im Gesetz über den KFA keine wesentlichen Änderungen vornimmt, also die Verteilmechanismen im Großen und Ganzen unverändert bleiben. Aus der relativen Verteilung zwischen den kreisfreien Städten erwarten wir zurzeit ebenfalls keine signifikanten Veränderungen, so dass dies in der Summe zu einer Steigerung gegenüber 2008 um rd. 5,7 Mio. € führen könnte. Dies wäre allerdings ein Rückgang gegenüber dem Jahr 2007 um rd. 3,0 Mio. €, weil das Land in 2007 den Spitzausgleich um ein Jahr vorgezogen hat.

Zur Ertragsreduzierung gegenüber 2007 tragen auch die Kürzungen beim Sozialhilfelausgleich und der nur teilweise Ersatz des Arbeitslosenansatzes durch den Härteausgleich bei. Auch hier haben wir unterstellt, dass der Landesgesetzgeber die Regelungen von 2008 auf 2009 überträgt. Mögliche Änderungen werden wir ebenfalls über eine Veränderungsliste in die Haushaltsberatungen einbringen.

Ärgerlich ist ein Ertragseinbruch im **Sozialen Bereich**, der aus gesetzlichen Veränderungen beim Übergang vom BSHG zum SGB XII resultiert. Dabei wurde die Kostenerstattungspflicht für die abgebende Gemeinde abgeschafft, die Gebietskörperschaft, in der sich der Leistungsempfänger aufhält, ist vom ersten Tag als Kostenträger leistungspflichtig. Da die Wanderungen bundesweit überwiegend aus dem ländlichen Raum in die großen und größeren Städte stattfinden, geht die Änderung voll zu Lasten der kreisfreien Städte. Für Kassel bedeutet dies einen Ertragsausfall gegenüber 2007 von rund 2,0 Mio. €. Auch hier haben wir kurz- und mittelfristig so gut wie keine Steuerungsmöglichkeiten. Auch bei der gesetzlichen Kürzung des Bundesanteils an den Unterkunftskosten im Bereich des SGB II haben wir keine Möglichkeit zur Gegensteuerung.

Zur Verschlechterung der Ertragsseite des Verwaltungsergebnisses trägt auch bei, dass wir die Zuweisung in Höhe von 10 Mio. €, die wir 2007 aus dem **Landesausgleichsstock** erhalten haben, selbstverständlich nicht veranschlagen können.

In der Summe wachsen die Erträge, die zum Verwaltungsergebnis beitragen gegenüber dem Plan 2008 um 3,6 %, gegenüber dem Verwaltungsergebnis 2007 gehen sie jedoch um 3,0 % zurück.

Völlig anders sieht die Entwicklung auf der **Aufwandsseite** aus, die im Verwaltungsergebnis gegenüber 2007 um 14,8 Mio., also um 2,5 %, und gegenüber 2008 um 23,8 Mio. €, also um 4,2 %, ansteigt. In dieser Schere zwischen sinkenden Erträgen und steigenden Aufwendungen ist die geplante negative Entwicklung des Verwaltungsergebnisses begründet.

## **Im Saldo verschlechtert sich das Verwaltungsergebnis gegenüber 2007 um 33,8 Mio. € auf 25,0 Mio. €**

In allen Teilergebnishaushalten schlagen sich die **Tariferhöhungen für den öffentlichen Dienst** gegenüber 2007 mit insgesamt rund 12,0 Mio. € nieder. Wollten wir diese Tarifsteigerungen kompensieren, müssten wir über die geplanten minus 90 Stellen hinaus weitere 240 Stellen abbauen. Es ist offensichtlich, dass dies nicht möglich ist, ohne auch bei den gesetzlichen Pflichtaufgaben erhebliche Einschränkungen hinzunehmen. Auch wenn ich den Anspruch der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zur Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung akzeptiere und durchaus die inzwischen stärker auftretenden Rekrutierungsprobleme bei der Gewinnung, insbesondere von Fachpersonal, sehe, so hätte dieser Tarifabschluss von der kommunalen Seite dennoch ohne Kompensation auf der Ertragsseite nicht akzeptiert werden dürfen. Die Stadt Kassel selbst und alleine hat auf diese Aufwandsentwicklung jedoch keinen Einfluss.

Bereinigt man die Teilhaushalte um die Steigerungen des Personalaufwandes, den die Fachämter kaum beeinflussen können, so sind die übrigen Aufwandssteigerungen bei den meisten Fachämtern unwesentlich.

Im **Sozialen** steigen die Aufwendungen im SGB XII langsam, aber entsprechend dem demografischen Trend unaufhaltsam. Auch hier sind die kommunalpolitischen Steuerungspotentiale außerordentlich gering. Die Leistungen für ältere Menschen spiegeln sich im kommunalen Haushalt in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie der Teilkostenübernahme für Pflegeleistungen wider. Die Belastungen der Kommunen in der Grundsicherung im Alter wird kontinuierlich ansteigen, weil Menschen mit geringem Einkommen bzw. Hartz IV-Leistungen vermehrt diese Leistungen in Anspruch nehmen müssen und die Kostenbeteiligung des Bundes nicht ansteigen wird. Und bei allen Anstrengungen, die das Sozialamt unternimmt, um die von den Menschen gewünschte Pflege in den eigenen Räumlichkeiten zu ermöglichen, muss die Stadt die Kosten für Pflegeleistungen übernehmen, soweit sie nicht durch eigene Einkünfte oder Versicherungsleistungen gedeckt werden. In der Summe steigt der Aufwand für SGB XII-Leistungen um 1,0 Mio. €.

Deutlich dramatischer verläuft die Entwicklung des Aufwandes für die Dienste und Einrichtungen der **Jugendhilfe**. Davon betroffen sind Leistungen, die sowohl von städtischen Mitarbeitern, zum größten Teil aber von freien Trägern erbracht werden.

Seit Jahren steigt der Aufwand für diesen Aufgabenbereich deutlich überproportional. Extrem problematisch wird diese Entwicklung, wenn sie

mit rückläufigen Erträgen einhergeht und die Stadt in der Summe erneut Verluste in beachtlicher Höhe verbuchen muss.

Beim Teilergebnisplan des Jugendamtes werden wir in 2009 mit einer Steigerung um 8 Mio. € gegenüber 2007 konfrontiert. Dies resultiert zum Einen mit 1,4 Mio. € aus den Dynamisierungsklauseln, die wir inzwischen in fast allen Verträgen mit Trägern der Erziehungshilfe und der Tagesbetreuung von Kindern aufgenommen haben. Die Dynamisierung gibt den Trägern Planungssicherheit, für die Stadt wird sie in Zeiten rückläufiger Erträge zu einem beachtlichen Haushaltsrisiko. Darüber hinaus enthält der Haushaltsentwurf des Jugendamtes weitere Mehraufwendungen insbesondere für die Bereiche der erzieherischen Hilfen und der Ausweitung der Tagesbetreuung von Kindern in einer Größenordnung von 6,6 Mio. €.

Im Haushaltsplanentwurf sind weitere gesetzliche Leistungen, die im SGB VIII, § 2 als „Aufgaben der Jugendhilfe“ benannt sind, enthalten. Diese Leistungen sind bei den Hilfen zur Erziehung und beim Kindergartenplatz als Leistungen mit einem individuellen Rechtsanspruch versehen, bei der Jugendarbeit oder beim erzieherischen Kinder- und Jugendschutz als gesetzliche Aufgabe dem Grunde und nicht dem Umfang nach beschrieben.

Die öffentlichen Träger der Jugendhilfe sollen, so heißt es in § 4 (3) SGB VIII, die freie Jugendhilfe fördern und dabei die verschiedenen Formen der Selbsthilfe stärken.

Diese Regelungen unterstreichen, dass es für die Aufgaben der Jugendhilfe keine freiwilligen Leistungen gibt, dass wir als Kommune in einigen Teilbereichen nur jeweils den Umfang unserer Aufgabenwahrnehmung bestimmen können.

Das ist deutlich anders gesetzlich geregelt als die übrige Förderung, etwa der freien Kunstszene oder die Sportförderung, und schränkt natürlich die Bewegungsfreiheit, für den städtischen Haushalt in einem weiteren Bereich deutlich ein.

Unsere Aufwendungen für die Jugendhilfe sind im Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2009 mit insgesamt 57,9 Mio. € ausgewiesen.

2,4 Mio. € davon – also ca. 4% - sind als mehr oder weniger „freiwillige Leistungen“ anzusehen: Das betrifft die Mittel für die Entgeltbefreiung und für die über die hessischen Mindeststandards hinausgehende Personalausstattung in den Kindertagesstätten.

Der Aufwand für **Kinderbetreuung** (für die städtischen und die Kitas freier Träger) steigt von 2007 nach 2009 von 15,8 Mio. € um 4,3 Mio. € auf 20,1 Mio. €. Dazu tragen die in 2007, 2008 und 2009 insgesamt knapp 500 zusätzlichen Plätze, insbesondere für die unter Dreijährigen und im

Bereich der Grundschulkindbetreuung, bei. Allein für den Haushalt 2009 sind 80 neue Plätze für unter Dreijährige und 175 neue Plätze für Grundschulkindbetreuung einplant. Haushaltswirksam werden diese Plätze nur mit 5/12tel im Jahr 2009, die volle Kostenbelastung entsteht im Jahr 2010.

Hinzu kommen die Qualitätsverbesserungen mit insgesamt 10 neuen Stellen für die Anhebung des Betreuungsschlüssels um  $\frac{1}{4}$  einer Fachkraftstelle pro Gruppe auf 1,75 in 40 Gruppen, die Umstellung von der Platz- zur Gruppenbezuschung und die Kosteneffekte aus der Dynamisierung.

Für alle diese Maßnahmen findet man sehr gute Begründungen. Und insbesondere in der Bundes- und Landespolitik, die beide nur in sehr begrenztem Umfang die Kosten mittragen, findet sich ein breiter Konsens für diese zusätzliche Leistungsausweitung. Völlig verdrängt werden die finanzpolitischen Folgen, die zurzeit in den reicheren Städten wie München, Stuttgart und Frankfurt noch nicht sichtbar sind, die aber unweigerlich die gesamte kommunale Gemeinschaft in der nächsten Finanzierungskrise heftig treffen werden. Auf Bundes- und Landesebene wird gleichzeitig im Rahmen der Föderalismusreform 2 über eine generelle Schuldenbegrenzung diskutiert, ohne dass notwendige Verbindungen zwischen der kontinuierlichen Leistungsausweitung und der Überbeanspruchung der Ressourcen hergestellt werden. Es wird allgemein die Prioritätensetzung proklamiert, ohne dass irgendjemand ernsthaft bereit wäre, auf anderes zu verzichten. Auch in Kassel weiten wir gleichzeitig die Leistungen in den Feldern Kultur und Jugend aus. Letztendlich kann alles als prioritär angesehen werden.

Noch dramatischer ist die Entwicklung bei den **erzieherischen Hilfen**. Hier wurde bundesweit über die Medien der Eindruck erweckt, als seien die schrecklichen Kindestötungen Folge von Kürzungen bei den Aufwendungen für die Jugendhilfe. Der empirische Befund ist ein anderer: Bundesweit steigt seit Jahren der Aufwand für Erziehungshilfen. Wir haben in Kassel immer mehr Fälle und einen kontinuierlich steigenden Aufwand, ohne dass auch nur eine Abflachung des rasanten Anstiegs absehbar wäre. Auch in 2008 werden wie in den Vorjahren die Haushaltsansätze nicht ausreichen. Derzeit wird ein Mehraufwand durch überplanmäßige Bewilligungen in Höhe von zurzeit prognostiziert 5 Mio. € abzudecken sein. Für 2009 haben wir den Haushaltsansatz auf insgesamt 33,5 Mio. € erhöht. Es ist offenkundig, dass die bisherige Strategie, durch einen Budgetdeckel die Fallzahlsteigerungen und die daraus resultierende Aufwandserhöhung zu begrenzen, gescheitert ist. Auch die übrigen Reformanstrengungen – wie die Zusammenführung von Fach- und Ressourcenverantwortung und die frühere Einbeziehung der Leitungsebene in kostenintensive Fallentscheidungen – haben möglicherweise

einen noch stärkeren Aufwandszuwachs verhindert, nicht aber den weiteren und kontinuierlichen Anstieg von Leistungen und Kosten. Und dies ist angesichts einer hohen medialen Aufmerksamkeit, der gesteigerten Anzahl an Gefährdungsmeldungen und der strafrechtlichen Relevanz für die Mitarbeiter des Jugendamtes auch nachvollziehbar. Tatsächlich kann kein noch so qualifizierter Mitarbeiter mit der notwendigen Sicherheit beurteilen, wie sich eine Konfliktsituation in einer Familie oder wie sich ein Jugendlicher entwickelt. Angesichts dieser Unsicherheit und der drohenden Strafverfolgung aus der ex-post-Beurteilung ist es nur allzu verständlich, wenn im Zweifelsfall eine Hilfemaßnahme bewilligt wird, die früher in dieser Form vielleicht nicht eingeleitet worden wäre. Gleichzeitig will ich durchaus positiv anerkennen, dass es gelungen ist, den Anteil der ambulanten Erziehungshilfen gegenüber den stationären Maßnahmen zu erhöhen. Das Problem jedoch bleibt: Nahezu alle Maßnahmentypen steigen an.

Hinter dem rasanten Anstieg des Aufwandes für Erziehungshilfen steht nicht nur eine intensivere mediale Aufmerksamkeit, sondern auch ein besorgniserregender gesellschaftlicher Wandel: eine wachsende Zahl sich auflösender, rudimentärer Familien ist immer weniger in der Lage für das Wohl ihrer Kinder eigenverantwortlich zu sorgen. Allzu häufig sind die Eltern schon überfordert, auch nur ihr eigenes Leben angemessen zu strukturieren und in den Griff zu bekommen. Alkohol, illegale Drogen, Gewalt und Kriminalität sind der Hintergrund von Kindeswohlgefährdungen, in denen das staatliche Gewaltmonopol Kinder vor ihren eigenen Eltern schützen muss. Die Inobhutnahmen sind in der Stadt Kassel in den letzten 4 Jahren von 86 Fällen im Jahr 2003 auf 121 Fälle im Jahr 2007 gestiegen. Im Jahresmittel sind ständig 66 Kinder und Jugendliche wegen akuter Gefährdungssituationen in ihren Familien in einer Inobhutnahmeeinrichtung untergebracht. Im Jahr 2007 mussten für 50 dieser Kinder und Jugendlichen längerfristig angelegte erzieherische Hilfen eingeleitet werden.

Dies ist mit Sicherheit nicht nur ein Kasseler Problem, aber auch überwiegend ein Problem der Großstädte. Das urbane Umfeld und der ländliche Raum sind dagegen weniger betroffen. Dies belegen sowohl die individuellen Falldaten als auch eine Gesamterhebung. Menschen mit besonderen Problemen suchen die Anonymität der Großstadt. In der Zuzugsbilanz der Stadt wird sichtbar, dass Menschen mit Transfereinkommensbezug und Familien mit Jugendhilfeleistungen überproportional in die Stadt wandern. Deshalb wiederhole ich: die Stadt darf keine Anreize geben, in die soziale Sicherung der Stadt zu ziehen.

Andererseits arbeiten in der Stadt eine große Zahl von Einrichtungen und Institutionen, die Menschen in Not Hilfe bieten. Diese Einrichtungen sind dringend erforderlich und es ist gut, dass es sie gibt. Sie gehören selbstverständlich in die Großstadt und sind mit ihrer guten Arbeit unverzichtbar. Allerdings darf man die Städte dann mit den Finanzierungslasten auch nicht alleine lassen. Aber genau dies passiert. Die oben angesprochene entfallende Kostenerstattungsverpflichtung für die abgegebenen Sozialhilfeträger geht wiederum voll zu Lasten der Großstädte.

Auf der anderen Seite haben wir das Problem der heranwachsenden jungen Menschen, mit denen ihre Eltern nicht mehr fertig werden und vor denen wir die Gesellschaft im extremen Fällen – wie bei den jugendlichen Gewalttätern in München, die die komplette Jugendhelferkarriere bereits durchlaufen hatten – schützen müssen. Auch diese Form der Erziehungshilfe steigt kontinuierlich; die stationäre Unterbringung von Kindern und Jugendlichen stieg von 352 im Jahr 2001 auf 601 zum Ende des Jahres 2007. Der dafür notwendige Aufwand erhöht sich von 2007 nach 2009 um 3,8 Mio. € auf 18,3 Mio. €. Und ein Ende dieser Entwicklung ist nicht absehbar.

Für den Haushalt der Stadt Kassel ist es das seit Jahren dominante fiskalische Problem. Ohne diesen dramatischen Fall- und Kostenanstieg hätten wir weniger Schulden und damit auch mehr Handlungsoptionen. Aber selbstverständlich ist es nicht nur ein fiskalisches Problem. Es ist im Wesentlichen ein Problem der gesellschaftlichen Entwicklung, in der die Familie in einem immer stärkeren Maße erodiert und immer häufiger ihre „Funktionen“ nicht mehr erfüllt. Und deshalb ist es aus meiner Sicht zumindest eine Verkürzung zu glauben, diese Probleme könne man mit immer mehr Geld, immer intensiveren Betreuungsprogrammen und öffentlichen Maßnahmen in den Griff bekommen. Ich befürchte, diesen Wettlauf können wir am Ende nicht gewinnen. Sicherlich ist es überlegenswert, bei SGB II-Empfängern auf den hälftigen Eigenanteil für das Mittagessen in den Kindertagesstätten zu verzichten. Aber was passiert mit den Eltern, die mit ihrem Arbeitseinkommen noch knapp über der SGB II-Grenze liegen? Und ist fehlendes Geld tatsächlich das alleinige Problem? Allzu häufig fehlt es einfach an sozialen Grundfertigkeiten und Verantwortungsbewusstsein. Dann haben wir aber eben nicht nur ein Problem mit dem fehlenden oder nicht finanzierten Mittagessen, sondern auch mit dem Frühstück, dem Abendessen und natürlich auch der Wochenendversorgung. Und warum treten die Probleme im Landkreis nur in einem sehr viel geringeren Umfang auf, obwohl auch der Landkreis eine relevante Zahl an Familien mit SGB II-Bezug hat? Die Lebenshaltungskosten sind im Landkreis nicht niedriger als in der Stadt, ansonsten müssten die Wanderungsbewegungen in die andere Richtung laufen.

Mit dem **SGB II** wurden die Gesamtaufwendungen für soziale Transferleistungen aufgrund von Arbeitslosigkeit in der Summe deutlich erhöht. Und die Reform hat sich durchaus bewährt. Sowohl in Deutschland insgesamt, aber auch und sogar überdurchschnittlich in Kassel sind die Arbeitslosenzahlen zurückgegangen. Der Aufschwung am Arbeitsmarkt ist wirksam und er bringt Menschen wieder in Arbeit. Das Fördern und Fordern funktioniert. Selbstverständlich kann alles noch besser werden und daran müssen wir arbeiten. Aber der Weg der Reformen war richtig. Deshalb begrüße ich ausdrücklich die jetzt gefundene Entscheidung über eine Änderung des Grundgesetzes, die im Grundsatz bewährten Arbeitsgemeinschaften aus Kommune und Bundesagentur für Arbeit zu sichern.

Dennoch wird die Reform öffentlich anders dargestellt und wahrgenommen. Wenn man der veröffentlichten Meinung glaubt, erleben wir eine Phase der allgemeinen Verelendung. Fast könnte man glauben, vor 10, 20 oder gar 30 Jahren wäre alles besser gewesen, hätten wir über mehr Wohlstand und Wohlfahrt verfügt. Die objektiven Daten belegen auf allen Ebenen das Gegenteil.

Mir ist selbstverständlich bewusst, dass die Regelsätze des SGB II gemessen am allgemeinen Lebensstandard der Bundesrepublik knapp bemessen sind und dass die Preissteigerungen bei Energie und Lebensmitteln die Bezieher sehr niedriger Einkommen in besonderem Maße trifft. In Kassel haben wir deshalb die Heizkosten an den Index der Energiepreise gekoppelt; das wird den städtischen Haushalt in 2009 mit rund 1,5 Mio. € zusätzlich belasten – mit weiter steigender Tendenz. Ich würde es ausdrücklich begrüßen, wenn der Bund auch die Regelsätze des SGB II entsprechend anpassen würde. Ich habe mich auch dafür eingesetzt, bei einer Erhöhung des Kindergeldes, die den Beziehern von SGB-Leistungen nicht hilft, auch das Sozialgeld für Kinder im gleichen Umfang zu erhöhen. Nur so wäre sichergestellt, dass alle Familien gleich zusätzlich gestützt werden.

Aber ich wiederhole: Es ist nicht ausschließlich eine finanzielle Problematik. Nach dem zweiten Weltkrieg gab es viele Familien, die unter dramatischer Not litten - zum Teil ohne die im Krieg gefallenen Väter. Und dennoch nimmt der Erziehungshilfenaufwand erst in den letzten 10 Jahren in dieser ungewöhnlichen Form zu. Deshalb müssen wir wieder stärker über individuelle Verantwortung als unverzichtbares Element von Selbstbestimmung und Freiheit sprechen. Die Erziehung und Versorgung ihrer Kinder ist und bleibt zuallererst Aufgabe der Eltern. Der Staat kann und darf nur subsidiär unterstützen, eintreten und einschreiten. Deshalb müssen wir mit den Eltern über ihre Verantwortung, Fürsorge-, aber auch Aufsichtspflicht sprechen.

Und wir dürfen nicht wegsehen. Wenn sich zum Beispiel Jugendliche auf dem Königsplatz, im öffentlichen Raum treffen, ist dies völlig in Ordnung. Aber wir dürfen nicht zulassen, dass dort Kinder und Jugendliche zum „Vorglühen“ Alkohol konsumieren. Jugendliche, die in eine Alkoholabhängigkeit rutschen oder sich „komatös besaufen“, sind extrem gefährdet, später als Eltern selbst zu versagen.

Wir erhöhen die Budgets des Jugendamtes im Haushalt 2009 deutlich, um die Bildungs- und Betreuungsangebote in Kindertagesstätten erneut auszuweiten und qualitativ zu verbessern. Wir werden auch weiterhin die gesetzlich vorgesehenen Erziehungshilfen finanzieren. Damit sichern wir für 2009 die notwendigen Leistungen. Wenn wir aber den weiteren Anstieg im Bereich der Erziehungshilfe abbremsen wollen, müssen wir die Eltern wieder stärker in die Verantwortung nehmen. Dazu benötigen wir neue Überlegungen für die Stärkung der Familie und aller Formen von Elternbildung und Erziehung. Der gezielte Umbau von einigen Kitas zu Familienbildungsstätten, so wie dies gegenwärtig, unterstützt durch die Landesregierung in NRW geschieht, kann ein Weg sein, die erforderlichen Veränderungen auf den Weg zu bringen.

**Zusammengefasst verschlechtert sich das Verwaltungsergebnis 2007 zu 2009 von 58,8 Mio. € um 28,8 Mio. € auf 25,0 Mio. €**

Um zum ordentlichen Ergebnis zu kommen, müssen wir noch das **Finanzergebnis** betrachten. Zur Verschlechterung gegenüber 2007 trägt dies im Jahr 2009 nur mit 2,7 Mio. € bei. Allerdings belastet das Finanzergebnis mit 35,1 Mio. € als Resultat der hohen Verschuldung die Stadt in einem extremen Maße. Allein die hohen Finanzierungslasten aus der Verschuldung erzwingen eine Entschuldung. In 2007 haben wir mit einem Abbau der Schulden um 67 Mio. € einen sehr guten Schritt getan. Auch in 2008 wird die Stadt ihre Schulden aus heutiger Sicht weiter zurückführen. An diesem Weg müssen wir in den kommenden Jahren festhalten.

**Verschuldung** ist auch mit erheblichen fiskalischen Risiken verbunden. In den vergangenen Monaten haben wir einen signifikanten **Zinsanstieg** gesehen. Sofern sich die inflationäre Tendenz verfestigt, müssen wir mit weiteren Zinssteigerungen rechnen. Einen erheblichen Teil unserer Bankverbindlichkeiten haben wir durch geeignete Instrumente gegen dieses Risiko abgesichert, allerdings nur für begrenzte Fristen. Mittelfristig schlagen steigende Zinsen immer durch und verursachen Mehraufwand.

Eine besonderes Problem erwächst aus der **Kreditverfügbarkeit**. Kredite werden vom Bankensektor zur Verfügung gestellt, weil die Kommunen

als Teil der Länder eine entsprechende Bonität genießen. Wenn die Banken diese Bonität bezweifeln und keine neue Liquidität zur Verfügung stellen oder Kredite und Kreditlinien fällig stellen, dann sind alle Planungen Makulatur. Deshalb gibt es die Debatte über das Rating der Kommunen und auf der letzten KGST-Konferenz wurde bereits über die Insolvenzfähigkeit der Kommunen diskutiert. Ein erschreckendes Szenario: Wenn die Kommunen insolvenzfähig würden, würden die Banken die Städte auf ihre Kreditwürdigkeit – also insbesondere auf ihre Fähigkeit, den Schuldendienst dauerhaft zu erbringen – prüfen. Städte mit einem schlechteren Rating müssten eine höhere Risikoprämie, also höhere Zinsen, zahlen. Ein sehr schlechtes Rating würde auf der Finanzierungsseite zu Beschaffungsproblemen führen. Neues Geld für Investitionen und Verluste würde es nicht mehr geben. Und dann gilt: Ohne Moos nichts los !

Wir müssen die Stadt entschulden, alle anderen Strategien sind für die Stadt mit beachtlichen Risiken belastet, die sie letztendlich nicht beherrschen kann. Und wer dies alles für irrealer Apokalypsephantasien hält, möge sich die Entwicklungen im öffentlichen Bankensystem vergegenwärtigen.

Mit der Kommunalaufsicht sind wir einig, dass der Kreditrahmen der Stadt nicht ausgeweitet werden kann und auch die zusätzlichen Kreditaufnahmen außerhalb dieses Rahmens mittelfristig zurückgeführt werden müssen. Angesichts weiterhin hoher Sanierungsbedarfe bei Straßen, öffentlichen Gebäuden, Bädern und Schulen können wir uns Neubaumaßnahmen nicht leisten. Mit dem sehr engen Kreditrahmen wird es extrem schwierig, auch nur die dringendsten Sanierungsmaßnahmen zu finanzieren. Unter diesen Rahmenbedingungen sind Geisterdebatten wie die um eine neue Fuldabrücke, die die Stadt in den kommenden Jahren mit eigenen Mitteln keinesfalls bauen kann, nur schwer nachzuvollziehen.

Mit dem Programm zur Schulbausanierung sind wir erfreulicherweise sehr weit vorangekommen. Das Aue-Stadion als städtische Infrastruktur befindet sich jetzt in einem zeitgemäßen und sehr funktionalen Zustand. Für die Bäder hat die Stadtverordnetenversammlung die wichtigen Grundsatzentscheidungen getroffen. Bereits in den Haushalt 2008 haben wir 5 Mio. € und in die mittelfristige Planung 15 Mio. € eingestellt. Im Haushalt 2009 stocken wir diese 20 Mio. € um 10 Mio. € auf insgesamt 30 Mio. € auf; dabei gehen die zusätzlichen 10 Mio. € zu Lasten des allgemeinen Kreditrahmens. Auch die Hauptverkehrsachsen sind inzwischen saniert. Allerdings haben wir einen beachtlichen Sanierungsstau bei den übrigen Straßen. Im Dezernentenkreis haben wir deshalb vereinbart, dass wir für die kommenden Jahre ein mittelfristiges Straßensanierungsprogramm auflegen, das vergleichbar der Schulbausanierung

den vorhandenen Sanierungsstau bei den Straßen systematisch und kontinuierlich abarbeitet.

Das Investitionsprogramm wird wie in der Vergangenheit viele Wünsche und Erwartungen nicht erfüllen. Wir haben uns im Dezernentenkreis bemüht, für die dringend notwendigen Projekte Mittel einzustellen, allerdings auch nur die Mittel, die auch tatsächlich verbaut werden können. Im Übrigen gilt es, Haushaltsausgabereste abzubauen und über Verpflichtungsermächtigungen die notwendige Handlungsfähigkeit der Bauverwaltung sicherzustellen. In 2009 halten wir nach schmerzhaften Einschränkungen und Anpassungen den Kreditrahmen fast ein, in 2010 und 2011 haben wir noch eine deutliche Überschreitung. Bei der Aufstellung der Haushalte für die Folgejahre werden wir weitere Anpassungen insbesondere nach dem Baufortschritt vorzunehmen haben. Es werden Projekte hinzukommen, aufgestockt, andere aber auch reduziert und zeitlich verschoben werden müssen. Ich weise deshalb ausdrücklich darauf hin, dass die mittelfristige Finanzplanung keine Rechtskraft entfaltet.

Nach dem Finanzergebnis weisen wir in der Planung für 2009 ein **ordentliches Ergebnis von minus 10,1 Mio. €** aus.

Das **außerordentliche Ergebnis** trägt nicht wie im Rechnungsergebnis 2007 zur deutlichen Verbesserung des Jahresergebnisses bei – in 2007 immerhin 10,6 Mio. €, sondern ist mit **1,0 Mio. €** nahezu neutral, weil wir keine nennenswerten Überschüsse aus dem Grundstücksgeschäft erwirtschaften werden. Wir verfügen in Waldau nicht mehr wie in der Vergangenheit über große Flächen. Und was man nicht hat, kann man auch nicht verkaufen.

**Das geplante Jahresergebnis beläuft sich damit nach Abschreibungen und Rückstellungen auf minus 9,1 Mio. €** In den Plan einbezogen haben wir erstmals eine **Rückstellung für Pensionsverpflichtungen** in Höhe von 7,8 Mio. €. Bei positiver Entwicklung der Rahmenbedingungen haben wir durchaus die Chance im Vollzug den Haushaltsausgleich zu erreichen. Bei einer deutlicheren Eintrübung des konjunkturellen Umfeldes und weiteren Problemen in der Jugendhilfe drohen aber auch erhebliche Risiken. Die notwendigen Anpassungen aufgrund neuer und zusätzlicher Erkenntnisse werden wir über Veränderungslisten in die Haushaltsberatungen einbringen.

Auch dieser Haushalt ist ein Kompromiss. Alle Dezernenten haben in den gemeinsamen Beratungen auf Wünschenswertes verzichten müssen. Dies gilt in einem herausgehobenen Maße für den Investitionshaushalt und die Investitionsplanung. Auch ich als Kämmerer hätte mir einen

noch besseren Haushalt gewünscht. Der Mehraufwand in der Jugendpolitik bereitet mir erhebliche Sorgen.

**Dennoch: der Haushalt 2009 kann sich sehen lassen. Weil wir erstmals 7 Mio. € Pensionsrückstellungen geplant haben, ist er deutlich näher am Haushaltsausgleich als der Haushalt 2008. Die Chancen für den Haushaltsausgleich im Vollzug sind gut. Damit spiegelt der Haushalt auch die insgesamt sehr positive Entwicklung der Stadt Kassel wider. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass sich diese für die Menschen gute Entwicklung auch in den kommenden Jahren fortsetzt.**

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.